

Antrag A-04: Krankenhaus Links der Weser erhalten.

Antragsteller/in:	Wolfgang Hellborn (KV Links der Weser · Nr. 706), Margit Hebeda (KV Links der Weser · Nr. 707), Andrea Spangenberg (KV Links der Weser · Nr. 405), Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser · Nr. 456), Olaf Zimmer (KV Links der Weser · Nr. 458), Bettina Fenzel (KV Links der Weser · Nr. 401), Anke Jungclaus (KV Links der Weser · Nr. 408), Cornelia Barth (KV Nord-West · Nr. 202), Anke Maurer (KV Links der Weser · Nr. 403), Manfred Steglich (KV Mitte-Ost · Nr. 708), Angelika Brandenburg (KV Links der Weser · Nr. 709), Karl Brönnle (KV Nord-West · Nr. 271), Britta Littke-Skiera (KV Nord-West · Nr. 210), Roman Fabian, Sönke Hundt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

- 1 Gesundheitsversorgung in Bremen und im Bremer Süden sichern [Überschrift]
- 2 DIE LINKE in Bremen fordert den Senat und die Geno auf,
- 3 1. am Ort des Klinikums Links der Weser eine öffentliche Einrichtung der
- 4 wohnortnahen interdisziplinären Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten, die der
- 5 lokalen haus- und fachärztlichen Unterversorgung sowie sozialen Bedürfnissen
- 6 Rechnung trägt.
- 7 2. die Planungen dafür zu konkretisieren und sicherzustellen, dass mit dem Umzug
- 8 der spezialisierten Bereiche des KLdW ins KBM eine entsprechende Einrichtung ihren
- 9 Betrieb aufnimmt;
- 10 3. Beiräte, Quartiersmanagement, soziale und gesundheitspolitische Einrichtungen
- 11 und Initiativen im Bremer Süden in den Planungsprozess miteinzubeziehen;
- 12 4. das von der Verlagerung betroffene Personal des KLdW und des Personals des KBM
- 13 bei der Planung und Gestaltung ihrer künftigen Arbeitsstätte am KBM angemessen zu
- 14 beteiligen;
- 15 5. die Finanzierung der notwendigen Investitionen sowohl für die Verlagerung als
- 16 auch für eine medizinische Grundversorgung am bisherigen Standort abzusichern;
- 17 6. auch die weiteren gesundheitspolitischen Vorhaben, die im Koalitionsvertrag als
- 18 zentrale Schwerpunkte aufgeführt sind, umzusetzen, insbesondere die Steigerung der
- 19 Ausbildungszahlen, die Wiedereingliederung der GND in den TVÖD und die medizinische
- 20 Versorgung von Nichtversicherten.
- 21 7. für die von der Verlagerung betroffenen Stadt- und Ortsteile andere
- 22 strukturpolitische Initiativen zu entwickeln, um die Stadtteilentwicklung zu
- 23 fördern.

Begründung

Das Klinikum Links der Weser (KLDW) ist zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in

Bremen und im Bremischen Umland unverzichtbar. Es leben allein im Bremer Süden über 127.000 Menschen bzw. über 22% der bremischen Bevölkerung. Außerdem zählen große Bereiche des niedersächsischen Umlands insbesondere die Landkreise Diepholz, Verden zum Versorgungsgebiet des KLDW. Damit umfasst der Einzugsbereich des KLDW über 180.000 Menschen.

Unter Berücksichtigung der Lage und der grundsätzlich schlechten Erreichbarkeit von Stadtteilen und Quartieren sowie der jetzt schon sehr angespannten verkehrlichen Situation im Bremer Süden, welche durch bereits laufende und zahlreiche, in den kommenden Jahren noch folgende Großbau-stellen wie diverse Brückenersatzneubauten B 75 die Sanierung der B75 Fahrtrichtung stadtaus-wärts und der Ausbau der A281 noch forciert wird, ist das KLDW für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden unentbehrlich. Und nicht nur im Bremer Süden. Der Beirat Obervieland befürchtet, dass durch die Verlagerung von Disziplinen diese für ganz Bremen nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine Umfrage des Klinikpersonals KLDW zum Beispiel hat ergeben, dass sich ein erheblicher Anteil der Beschäftigten lieber im Bremer Umland eine neue Beschäftigung suchen werden, als im Rahmen einer Umstrukturierung ins Klinikum Mitte zu wechseln. Somit würde dieses Fachpersonal nicht nur bei einer Verlagerung fehlen, sondern in naher Zukunft die GENO verlassen und damit den bestehenden Betrieb am KLDW stark einschränken. Dieses kann zu einer mangelhaften Gesundheitsversorgung für ganz Bremen führen. Da es sich um hochspezialisierte Fachkräfte handelt, könnten Disziplinen wie zum Beispiel die Herzmedizin dann weder im Klinikum Links der Weser noch im geplanten Herzzentrum im Klinikum Bremen - Mitte betrieben werden.

Diese Leistungen würden für die Bewohner Bremens und des Umlandes dann wegfallen, was nicht im Sinne sinnvoller Gesundheitspolitik sein kann. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass davon ausgegangen wird, dass sich die Anzahl der Herzinfarkte in der nächsten Zeit noch wesentlich erhöhen wird (Hitze, Alter usw.) Ein Betrieb eines Herzzentrums ohne Fachpersonal kann nicht gewährleistet werden.

Festzuhalten ist, dass der Geno Standort Links der Weser in der Vergangenheit und bis heute immer wieder wirtschaftlich gearbeitet hat. Dies ist ein Resultat eines sehr guten Arbeitsklimas, effizienter Arbeitsabläufe und vor allem einer ausgeprägten Teamarbeit. Verlagerungen von Fachabteilungen in der GENO haben sich bereits in der Vergangenheit negativ ausgewirkt. Daran erinnert sei an die Verlagerung von Disziplinen von Bremen-Ost nach Bremen-Mitte, welche von Patienten/-innen nicht angenommen wurden und daraufhin teuer zurückentwickelt wurden. Patientenströme lassen sich erfahrungsgemäß nicht so einfach verlagern wie zum Beispiel eine Stahl- oder Lebensmittelproduktion